Deutscher Bundestag **Drucksache 19/10234**

19. Wahlperiode 15.05.2019

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Judith Skudelny, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Bettina Stark-Watzinger, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Aufklärung zum Im- und Export von Bleibatterien in Low and Middle Income Countries und gesundheitlichen sowie wirtschaftlichen Folgen

Unsachgerechtes Recycling von bleihaltigen Batterien haben direkte (Einatmung von verdampftem Blei sowie Kontakt zu Blei) und indirekte (Boden- und Grundwasserbelastungen) Folgen für die Bevölkerung in betroffenen Gebieten (Gottesfeld et al., Soil contamination from lead battery manufacturing and recycling in seven African countries, San Francisco u. a. 2018). Medienberichten zufolge haben Messungen stark erhöhte Bleiwerte im Blut ergeben (www.spiegel.de/wissenschaft/natur/nigeria-blei-recycling-fuer-autobatterien-vergiftet-dorf-a-1243727.html). Hierbei sind vor allem Folgen für die Entwicklung der Betroffenen zu erwarten. Neben den gesundheitlichen Folgen ergeben sich auch quantifizierte Auswirkungen auf die volkswirtschaftliche Kraft der Länder (Attina, Teresa M./Trasande, Leonardo, Economic Costs of Childhood Lead Exposure in Low- and Middle-Income Countries, New York 2013). Besonders auffällig waren Messungen in LMIC (Low and Middle Income Countries). Neben den Folgen für die Bevölkerung führt die unsachgemäße Entsorgung und Aufbereitung zu einem Wettbewerbsnachteil für nachweislich sachgerechte Betriebe.

Trotz bestehendem Exportverbots von gefährlichen Abfällen in Nicht-OECD- und Nicht-EU-Staaten nach der Europäischen Verordnung 1013/2006/EG und dem Basler Übereinkommen, werden bleihaltige Batterien in Form von Altfahrzeugen und Altschrott exportiert, dabei oft fälschlicherweise als „funktionsfähig" bezeichnet, so dass sie exportiert werden können (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Position 10/2017, Mehr Nachhaltigkeit im Umgang mit Elektroschrott, S. 9). Hierbei stammt ein Großteil (28 Prozent im Jahr 2016) der Importe aus Deutschland (Person in the Port Pro-

ject, S. 8). Laut Umweltbundesamt (UBA) wurden beispielsweise 13 352 Fahrzeuge im Jahr 2016 nach Nigeria importiert (Antwort durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) vom 19. Oktober 2018 auf eine Presseanfrage). Eine weitere Quelle für bleihaltiges Recyclingmaterial in LMICs sind entwicklungspolitische Programme, die den Ausbau von Smart Grids und anderen Formen der dezentralen Stromversorgung fördern. Beispielsweise unterstützt die Bundesregierung mit dem Projekt „Let's make Solar work" den Aufbau der Photovoltaik in Nigeria (www.letsmakesolarwork.com/challenge/). Aus den Programmen geht nicht hervor, wie mit dem zu recycelnden Material umgegangen werden soll oder welche Maßnahmen die Bundesregierung zur Förderung von sachgemäßem Recycling ergreift. Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH erklärt allein die privaten Unternehmen in den LMICs, die die Anlagen betreiben, für zuständig (www.wiwo.de/my/unternehmen/energie/solarparks-in-nigeria-ein-hilfsprojekt-mit-boesen-folgen/23847612.html?ticket=ST-1232142-7bBdEgFkBfevjQfJDi2D-ap2). Ein Bericht im Auftrag der GIZ indes, der vor den gefährlichen Folgen des Blei-Recyclings warnt, empfiehlt ein End-of-life-Management unter Einbeziehung internationaler Akteure sowie Maßnahmen auf der Policy-Ebene (GIZ, End-of-Life Management of Batteries in the Off-Grid Solar Sector, Eschborn 2018). Gleichzeitig importieren deutsche und europäische Betriebe recyceltes Blei aus LMCIs (22 678 Tonnen aus Nigeria im Jahr 2017 laut UBA-Auskunft).

In welchem Volumen dabei Blei in die Bundesrepublik Deutschland importiert bzw. exportiert wird, scheint aufgrund unübersichtlichen Monitorings unklar. Verdeutlicht wird dies durch unterschiedliche Angaben des UBA und der Niedersächsischen Gesellschaft zur Endlagerung von Sonderabfall mbH (NGS). Demnach importierte die Bundesrepublik Deutschland laut UBA im Jahr 2017 47 366 Tonnen Bleibatterien sowie Blei- und Bleioxid aus geschredderten Batterien. Laut NGS dagegen 109 731 Tonnen (NGS, Abteilung N, Aktenzeichen 314). Auch das BMZ sieht das Monitoring als mangelhaft an (BMZ Position 10/2017, Mehr Nachhaltigkeit im Umgang mit Elektroschrott, S. 9).

Der Export- und Importkreislauf, in welchem die Bundesrepublik Deutschland involviert ist, führt zusammenfassend zu enormen gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Problemlagen in den betroffenen Ländern. Somit ist dieser Kreislauf nicht mit dem Ziel des „Verantwortungsvollen Konsums" der Agenda 2030 der Vereinten Nationen vereinbar. Dabei scheint die Bundesregierung darüber hinaus kein funktionierendes Monitoring implementiert zu haben, um die Herkunft von recyceltem Blei und Handelswege zu kontrollieren. Auch hat die Bundesregierung keine Absicht, die Autohersteller beim Recycling der Batterien in die Pflicht zu nehmen (Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 19/3443). Somit ist nach Ansicht der Fragesteller weiter unklar, wie die Bundesregierung Verantwortung bei entwicklungspolitischen Programmen übernimmt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass aus LMICs exportiertes Blei aus nachweislich sachgerechten Recyclingbetrieben stammt?
2. Mittels welcher Methode kontrolliert die Bundesregierung Handelswege von bleihaltigen Batterien?
3. Wie erfolgt das Monitoring der Exporte und Importe von bleihaltigen Batterien durch das UBA?
4. Wie ist die Berechnungsgrundlage nach Information der Bundesregierung für das Monitoring der Exporte und Importe von bleihaltigen Batterien der NGS sowie anderer Landesbehörden, die diese Daten erfassen?

5. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um illegale Transporte von bleihaltigen Batterien in Form von Altschrott und Altfahrzeugen zu unterbinden?
6. Plant die Bundesregierung schärfere Maßnahmen im Hinblick auf die Exportkontrolle von bleihaltigen Batterien?
7. Plant die Bundesregierung schärfere Maßnahmen zur Prüfung der Funktionsfähigkeit von Altgeräten?

   Wenn ja, warum?

   Wenn nein, warum nicht?
8. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Empfehlungen des GIZ-Berichts zu gefährlichem E-Waste aus Solarprojekten in LMICs?
9. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um im Zusammenhang mit entwicklungspolitischen Programmen in LMICs sachgerechtes Recycling von bleihaltigen Batterien zu fördern?
10. Plant die Bundesregierung, im Zusammenhang mit Projekten zum Ausbau von Smart Grids und anderen Ansätzen der dezentralen Stromversorgung in LMICs, Anreize zum sachgerechten Recycling zu ergreifen?

    Wenn ja, warum?

    Wenn nein, warum nicht?
11. Plant die Bundesregierung, Auftragnehmer in LMICs zum Recycling in nachweislich sachgerechten Betrieben zu verpflichten?

    Wenn ja, warum?

    Wenn nein, warum nicht?
12. Gibt es andere Ansätze oder Pläne der Bundesregierung die Marktposition sachgerechter Recyclingbetriebe für bleihaltigen Batterien in LMIC zu fördern?
13. Welche Studien, entwicklungspolitischen Projekte oder privatwirtschaftlichen Initiativen sind der Bundesregierung bekannt, um die Folgen von Bleivergiftungen infolge unsachgemäßer Recyclingverfahren in LMICs zu erfassen und zu reduzieren?

    Inwiefern plant die Bundesregierung, selbst solche Programme aufzulegen?
14. Inwiefern plant die Bundesregierung, Bleiimporteure und die bleikonsumierende Industrie in Deutschland (darunter etwa Recyclingbetriebe, Bleischmelzen, Batteriehersteller und Batterieanwender) in die Verantwortung zu nehmen?

Berlin, den 8. Mai 2019

Christian Lindner und Fraktion



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333